

Solarstrom, das staatlich verordnete Verlustgeschäft

Von Tobias Habegger. 17.04.15 (BaslerZeitung)

Immer mehr Haushalte und Firmen produzieren auf ihren Häusern Solarstrom. Die Elektrizitätsfirmen müssen die ganze Strommenge abkaufen – egal ob diese benötigt wird oder nicht.



Der Solarstrom wird für Elektrizitätsfirmen zur Last: Ein Arbeiter montiert eine Solarzelle in Stans. Bild: Keystone

Wenn die SBB auf den Dächern ihrer Speditionslagerhäuser in Chiasso eine Solaranlage bauen, verbreitet das Unternehmen eine stolz verfasste Medienmitteilung. Darin steht, dass sie den Jahresbedarf an Strom von 900 Familien produzieren wird. Auch das Möbelhaus Ikea, das seit kurzer Zeit Solaranlagen verkauft, versucht sich als Energiewendeturbo zu positionieren. Die Firma weist ihre Kunden explizit darauf hin, dass sie mit privaten Solaranlagen staatliche Vergütungen erhalten. Diese Vergütung (kostendeckende Einspeisevergütung, KEV) beträgt entweder 30 Prozent der Gesamtkosten der Solaranlage oder zwischen 17 und 30 Rappen pro Kilowattstunde Strom.

Mit der KEV will der Nationalrat den Anteil erneuerbarer Energieträger am Strommix um den Faktor zehn erhöhen. Zudem hat der Nationalrat die Elektrizitätsunternehmen des Landes dazu verpflichtet, die gesamte dezentral produzierte Solarstrommenge zu übernehmen.

Das Problem: Die Nachfrage nach Solarstrom ist zu klein

Genau darin sieht der Verband schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) ein Problem. Einerseits müssen die Elektrizitätswerke die gesamte Solarstrommenge zu einem vom Bundesrat festgelegten Preis übernehmen, auf der anderen Seite fehlt dafür ein genügend grosser Absatzmarkt. Denn was in der ganzen Energiewende-Euphorie unerwähnt bleibt: Die Sonne liefert Energie in grossen Schwankungen und dummerweise vor allem dann, wenn die Nachfrage eher klein ist. Zum Beispiel an einem Sommernachmittag, wenn die Leute im Freibad liegen. Die Elektrizitätsfirmen müssen also Solarstrom kaufen, auf dem sie womöglich sitzen bleiben. Oder wie es Michael Frank, der Direktor des VSE, sagt: «Durch die Abnahme- und Vergütungspflicht zwingt der Staat den Elektrizitätsunternehmen

Verlustgeschäfte auf.» Das Stromangebot werde von der Nachfrage entkoppelt, «sodass sich ein Produzent in einem virtuellen, vom Markt losgelösten Raum bewegt». Der VSE-Direktor bezeichnet diese Praxis mit dem Motto «produce and forget» – auf Deutsch: Produziere und vergiss den Rest.

Das Problem verschärft sich dort, wo etwa ein Supermarkt oder ein anderes Unternehmen mithilfe von privaten Solarzellen auf dem Firmengebäude den Eigenbedarf an Strom abdeckt. Am Wochenende, wenn das Geschäft geschlossen ist, muss der Netzbetreiber den überschüssigen Strom aus den weiterproduzierenden Solarzellen kaufen und ins öffentliche Netz einspeisen. Michael Frank kritisiert: «Es fehlen Anreize dafür, dass weniger Überschussstrom produziert wird.» Zudem muss das Stromnetz für unnötige Maximalkapazitäten ausgebaut werden.

Die Lösung: Jeder soll seinen Solarstrom selber verkaufen

Dezentrale Solarstromproduzenten sollen laut Michael Frank zunehmend Systemverantwortung übernehmen. Der VSE-Direktor fordert von der Politik, dass die Produzenten die ganze Produktion aus erneuerbarer Energie direkt am Markt veräußern müssen. So, wie dies auch der Bundesrat beabsichtigt. «Damit werden Anreize gesetzt, um nachfragegerecht zu produzieren.»

Der Schweizer Strommarkt werde sich gemäss den Plänen des Bundesrates voraussichtlich im Jahr 2018 vollständig öffnen. «Der geöffnete Strommarkt widerspricht jedoch einem Zwangskonsum», sagt der VSE-Direktor Frank. Das gelte insbesondere für diejenigen Schweizer Elektrizitätsfirmen, in deren Versorgungsgebiet eine gegenüber dem Kundenstamm überproportionale Produktion anfalle. Sein Fazit: «Die Abnahme- und Vergütungspflicht greift massiv in die unternehmerische Freiheit eines Netzbetreibers ein», sagt Michael Frank. (Berner Zeitung)

Erstellt: 17.04.2015, 09:07 Uhr

Noldi Schwarz

Danke für diesen Artikel. Nun dämmert es hoffentlich auch den Letzten, dass Solarstrom nicht einfach problemlos fließt. Frau Leuthardt und ihre Entourage haben uns einen riesigen Sorgenberg aufgebaut, genau wie Frau Merkel in Deutschland. Die ganze Subventionitis führt dazu, dass immer neue Anpassungen erforderlich sind, weil man nicht zuerst nachgedacht und dann gehandelt hat. In der Zwischenzeit stellen wir lieber die wirklich ökologischen, und seit langem bewährten Flusskraftwerke vor der Haustür ab, weil sie nicht mehr rentieren. Antworten

Ramseier Bettina

Der Fluch einer jeglichen staatlichen Intervention ist, dass sie immer und ausschliesslich nur kurzfristig zum Wohle der gerade regierenden Politiker ist und nie nachhaltig und zum Wohle des Volkes. Jede politische Marktintervention ist Marktverzerrung, vor allem mit marktfeindlichen Zwangsmassnahmen wie Abnahmeverpflichtung und Mindestpreise, wobei späteren die Kosten für die Korrektur immer ein X-Faches des momentanen opportunistischen Gewinnes ist. Nur der freie Markt kann Angebot und Nachfrage ins Lot bringen, jede Überregulierung - und dazu gehören "Fördermassnahmen" - stört das oszillierende Equilibrium des Marktes. Wie die EUR-CHF Untergrenze. Gewinner sind immer populistische Grün- und Linkspolitiker, bezahlen muss am Ende der Bürger.